BESCHLUSS DES GERICHTS (Fünfte Kammer)
30. September 2002

Rechtssache T-25/01

Francisco Miguel Viana França
gegen
Kommission der Europäischen Gemeinschaften

„Beamte – Dienstbefreiung für Wahlen – Reisetage – Belege –
Unzuständigkeit – Mitwirkungs- und Treuepflicht – Grundsatz der
Verhältnismäßigkeit – Klage, der offensichtlich jede rechtliche Grundlage fehlt“

Vollständiger Wortlaut in portugiesischer Sprache II - 951

Gegenstand: Klage auf Aufhebung der Entscheidung der Kommission vom 31. März 2000, mit der dem Kläger die Gewährung von Reisetagen im Zusammenhang mit einer Dienstbefreiung für Wahlen verweigert wurde.

Entscheidung: Die Klage wird als offensichtlich unbegründet abgewiesen. Der Kläger trägt die gesamten Kosten des Verfahrens.

Leitsätze

*1. Beamte – Anstellungsbehörde – Befugnisse – Ausübung – Weiterübertragung – Zulässigkeit – Voraussetzungen
(Beamtenstatut, Artikel 2)*

*2. Beamte – Urlaub – Dienstbefreiung – Dienstbefreiung für Wahlen – Reisetage – Kürzung bei Flugreise – Rechtmäßigkeit
(Beamtenstatut, Artikel 57 Absatz 2; Anhang V, Artikel 7)*

3. Beamte – Innerdienstliche Richtlinie eines Organs – Änderung – Zulässigkeit – Voraussetzung – Beachtung des Statuts

1. Eine Weiterübertragung oder eine Abweichung von den Kriterien für die Verteilung der der Anstellungsbehörde durch das Statut übertragenen Befugnisse könnte nur dann zur Nichtigkeit einer Maßnahme der Behörde führen, wenn die Gefahr bestünde, dass durch eine solche Weiterübertragung oder Abweichung eine der den Beamten durch das Statut gewährten Garantien oder die Regeln einer ordnungsgemäßen Verwaltung im Personalwesen beeinträchtigt werden.

(Randnr. 40)

Vgl. Gerichtshof, 30. Mai 1973, De Greef/Kommission, 46/72, Slg. 1973, 543, Randnr. 21; Gerichtshof, 30. Mai 1973, Drescig/Kommission, 49/72, Slg. 1973, 565, Randnr. 13; Gericht, 15. September 1998, De Persio/Kommission, T-23/96, Slg. ÖD 1998, I-A-483 und II-1413, Randnrn. 110 bis 112

2. Nach Artikel 57 Absatz 2 des Statuts „kann“ einem Beamten nur „in Ausnahmefällen“ Dienstbefreiung gewährt werden, und in Artikel 7 a. E. des Anhangs V des Statuts heißt es, dass die „etwaige“ Zahl der Reisetage „unter Berücksichtigung der jeweiligen Erfordernisse“ durch besondere Verfügung festgelegt wird. Es kann daher nicht in Abrede gestellt werden, dass ein Organ völlig berechtigt ist, seine frühere Praxis zu ändern und die mit einer Dienstbefreiung für Wahlen verbundenen Reisetage nach Maßgabe der Zeit festzulegen, die tatsächlich erforderlich ist, um sich an den Wahlort zu begeben und von dort wieder zurückzukehren. Insoweit kann das Organ vernünftigerweise und im Einklang mit dem Grundsatz der gesunden Verwaltung der Gemeinschaftsmittel die Auffassung vertreten, dass dieser Zeitraum bei einer Flugreise auf insgesamt zwei Tage beschränkt ist.

(Randnrn. 58 und 59)

3. Es ist einem Organ nicht untersagt, eine Verhaltensregel mit Hinweischarakter, die es sich selbst auferlegt und die in einem allgemeinen internen Beschluss enthalten ist, zu ändern, sofern die geänderte Verhaltensregel weiterhin mit den Bestimmungen und dem Zweck des Statuts in Einklang steht.

(Randnr. 62)

Vgl. Gericht, 10. Dezember 1997, Smets/Kommission, T-134/96, Slg. 1997, II-2333, Randnr. 65